



Dr. Torsten Holleck hat übernommen

Neuer Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium – Von Thomas Gründemann

Kiel – Dr. Torsten Holleck ist neuer Leiter der Polizeiabteilung im Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration. Der 45-jährige Jurist leitete zuletzt die Regionalabteilung Neumünster in der Kieler Staatsanwaltschaft und hat Mitte April seine Funktion im Ministerium angetreten.

Flankiert von Innenminister Hans-Joachim Grote und Pressesprecher Dirk Hundertmark betritt Holleck den Raum der Landespressekonferenz. Hier wird der neue Abteilungsleiter den Medien vorgestellt. So richtig wohl scheint sich Dr. Holleck in dieser öffentlichen Rolle nicht zu fühlen. Sehr angespannt und mit ernster Miene präsentiert sich der Nachfolger von Jörg Muhlack. Das Aufsehen um seine Person scheint ihm fremd und unangenehm zu sein. Mit gefalteten Händen sitzt Dr. Holleck neben dem Innenminister, nimmt regungslos die Lobeshymnen seines neuen Chefs zur Kenntnis. Nur einmal huscht dem Gelobten kurz ein Lächeln übers Gesicht.

„Sein beruflicher Werdegang und seine persönlichen Fähigkeiten sind der Grund dafür, dass wir uns am Ende dieses Auswahlverfahrens für Dr. Holleck entschieden haben“, erklärte Innenminister Hans-Joachim Grote bei der Vorstellung seines neuen Abteilungsleiters.

Holleck habe in verschiedenen Funktionen als Staatsanwalt sehr eng mit der Polizei zusammengearbeitet und sich umfassende Kenntnis über polizeiliche Arbeitsweisen angeeignet. Diese Erfahrung sei neben seiner juristischen Qualifikation unentbehrlich, um an dieser entscheidenden Schnittstelle zwischen Politik und Polizei wirken zu können.

Diese Vernetzung der Polizei mit den anderen Abteilungen des Innenministeriums werde die wichtigste Aufgabe von Dr. Holleck sein, sagt Grote. Der Minister hebt hervor, dass der erfahrene Jurist als Mannschaftsspieler gelte. Die Vorbereitung und Umsetzung der strategischen Vorgaben der Ministeriumsspitze für die Landespolizei sowie



Dr. Torsten Holleck

Foto: TG

die ständige Information der Hausspitze über relevante Ereignisse und Belange sieht der Innenminister als weitere wichtige Aufgaben Dr. Hollecks.

„Gemeinsam mit dem künftigen Landespolizeidirektor als oberster Polizeiführung und ab Herbst auch mit der neuen Leitung des Landeskriminalamtes wird Dr. Holleck in den kommenden Jahren entscheidend dafür sorgen, die Erfordernisse der öffentlichen Sicherheit frühzeitig überall dort einzubringen, wo sie Beachtung finden müssen“, so Hans-Joachim Grote.

Dr. Holleck selbst zeigt Respekt vor seiner neuen Aufgabe. In einem kurzen Statement verweist er auf Kontakte zur Polizei in der Vergangenheit. „Als Staatsanwalt habe ich immer vertrauensvoll mit der Polizei zusammengearbeitet und bin zuversichtlich, dort anknüpfen zu können“, sagte er. Die Polizei im Land sei sehr professionell. „Ich werde sehen, was noch besser geht, denn besser geht immer“, zeigt sich der neue Abteilungsleiter aber auch selbstbewusst. Zur Einrichtung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Vorwürfe von Mobbing bis Aktenmanipulation im Zuge der Rockeraffäre aufarbeiten soll, mag sich Holleck nicht äußern. Es sei Aufgabe des Parlaments, die Sachverhalte zu klären. Lügen Ergebnisse vor, könnten Erkenntnisse daraus gezogen werden können, so der Jurist.

Im anschließenden Smalltalk mit Torsten Jäger zeigt sich Dr. Holleck schon wesentlich entspannter und gesprächiger. Er nimmt die Glückwünsche des GdP-Landesvorsitzenden entgegen. „Für die schwierige Aufgabe an der Nahtstelle zwischen Politik und Landespolizei wünschen wir Dr. Holleck alles Gute und Kraft. Als GdP wünschen wir uns von ihm ein selbstbewusstes Eintreten für die Belange der Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei“, so Torsten Jäger. Die GdP habe volles Vertrauen, dass der neue Abteilungsleiter der schwierigen Aufgabe gerecht werden könne und jederzeit zu Gesprächen und zum Informationsaustausch mit ihm bereit sei.

Nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei dürfte die Tätigkeit von Herrn Dr. Holleck bei der Staatsanwaltschaft Kiel bereits zu vielen Kontakten in die Landespolizei geführt haben, so dass er schnell ein Gespür für Sorgen und Nöte der Polizeibeamten und Beschäftigten in der Landespolizei entwickeln werde. Innerhalb der Polizei habe er sich nach Meinung von Kolleginnen und Kollegen bereits einen guten Ruf erarbeitet.

Dr. Holleck ist verheiratet und promovierter Jurist. Er ist seit 2007 bei der Staatsanwaltschaft Kiel, war unter anderem für Korruptionstraftaten, Kapitaldelikte, Fußballhooligans sowie Waffen- und Sprengstoffdelikte zuständig.

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Crashkurs für Sportbootführerschein

Die Regionalgruppe Kiel-Plön wird dieses Jahr als Pilot einen Wochenend-Crashkurs für den Sportbootführerschein See (ggf. auch Binnen) anbieten. Dieser wird Ende Mai/Anfang Juni starten. Erste Informationen bekommt ihr bei eurem Vorstand. Preise für die GdP werden derzeit verhandelt. Teilnehmen können Mitglieder und Nichtmitglieder.



Im Gespräch mit Generalstaatsanwalt Wolfgang Zepter

Schleswig – Die Gewerkschaft der Polizei trifft sich regelmäßig zu einem Gedankenaustausch mit dem Generalstaatsanwalt Wolfgang Zepter und seinem Vertreter, dem Leitenden Oberstaatsanwalt Ralph Döpfer. Bei dem jüngsten Besuch des GdP-Landesvorsitzenden Torsten Jäger in Zepfers Büro in Schleswig wurden verschiedene Themen und auch die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei erörtert. Neben Torsten Jäger nahm sein Stellvertreter Sven Neumann und GdP-Geschäftsführerin Susanne Rieckhof an dem rund eineinhalbstündigen Gespräch teil. Dabei rief Torsten Jäger das nach wie vor erschreckende Ausmaß

von Gewalttaten gegen Polizisten in Erinnerung. Die Sanktionierung derartiger Taten mache betroffenen Polizisten häufig zu schaffen. „Sie haben das Gefühl, dass die Angriffe gegen sie nicht mit der gebotenen juristischen Schärfe verfolgt würden“, wusste Susanne Rieckhof aus Gesprächen mit beleidigten, bedrohten oder verletzten Beamtinnen und Beamten zu berichten.

In diesem Zusammenhang erklärte der Generalstaatsanwalt indes entschlossen: Wer Polizisten angreife oder im Einsatz behindere, müsse in Schleswig-Holstein mit konsequenter Strafverfolgung und harten Strafen rechnen. Da gebe es Übereinstimmung mit Forderungen der GdP. „Deshalb verfolgen die Staatsanwaltschaften in solchen Fällen eine Null-Toleranz-Strategie“, so Wolfgang Zepter wörtlich. Es könne nicht geduldet werden, dass Polizeibeamte während ihrer Dienstausbübung angegriffen, bespuckt, beleidigt werden. Derartige Taten müssten konsequent sanktioniert werden. Deshalb sei die Anklagequote in diesem Bereich außergewöhnlich hoch, so der Generalstaatsanwalt. „Da wird seitens der Staatsanwaltschaft nur eingestellt, wenn es nicht anders geht. Und dann in aller Regel nicht ohne Konsequenzen, in Einzelfällen allerdings auch mit einem Täter-Opfer-Ausgleich“, der auch die Möglichkeit der materiellen Schadenswiedergutmachung biete, so Zepter.

Auch für die von Sven Neumann vortragene GdP-Initiative nach einer beschleunigten Bearbeitung von Strafanzeigen, die als Folge eines dienstlichen Einschreitens gegen Polizeibeamte erstatet würden, zeigte der Generalstaatsanwalt Verständnis. „Zumeist werden unsere Kolleginnen und Kollegen zu Unrecht angezeigt, erleiden aber aufgrund der Verfahrensdauer oft langfristige dienstliche Nachteile, so lange diese Verfahren laufen.“ Beispielsweise könnten sie in dieser Zeit bei Beförderungen nicht berücksichtigt werden. Außerdem schwebten diese Verfahren wie ein Damoklesschwert über ihnen. Es gebe wohl keinen Beruf, in dem man schnell



Im Gespräch mit Generalstaatsanwalt Wolfgang Zepter
(Bildmitte): Sven Neumann, Ralph Döpfer, Torsten Jäger,
Susanne Rieckhof.
Text/Foto: Gründemann

ler in eine solche Situation kommen könne. „Das laufende Strafverfahren belastet die betroffenen Kolleginnen und Kollegen erheblich und beeinträchtigt sie in ihrem dienstlichen Handeln“, so Sven Neumann. „Eine Verfahrensbeschleunigung ist auch unser Anliegen. Die Behördenleiterinnen und Behördenleiter der Staatsanwaltschaften achten darauf, dass Strafanzeigen gegen Polizisten möglichst beschleunigt bearbeitet werden“, sagte Wolfgang Zepter. Aber es gebe auch erklärable Fälle, in denen zeitaufwendige Abklärungen zu erfolgen haben, warb der Generalstaatsanwalt um Verständnis.

Hoffnungsvoll zeigte sich der Generalstaatsanwalt über die geplanten Mehreinstellungen bei der Landespolizei. Die vielfältigen Herausforderungen nähmen zu, eine personell verstärkte und breit aufgestellte Polizei helfe auch den Staatsanwaltschaften im Lande.

So müsse der bereits im vergangenen Jahr erfolgten Reform des Rechts der Vermögensabschöpfung durch entsprechende Anstrengungen und personellen Einsatz in der Fläche Rechnung getragen werden, um dem gesetzlichen Auftrag gerecht werden zu können.

Weiter sei unter anderem auch der Kampf gegen Cyberkriminalität zu verstärken. „Hier ist die größte Wachstumsrate zu verzeichnen“, so Zepter. Um solche Strukturen zu erkennen und effektiv zu bekämpfen, sei die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Cybercrime in Itzehoe eingerichtet worden.

Abschließend würdigte Generalstaatsanwalt Zepter den Gedankenaustausch mit der Landesspitze der GdP als in mehrfacher Hinsicht gewinnbringend und sprach sich für eine Fortsetzung des Dialogs aus.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 6/2018
Freitag, 4. Mai 2018



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



EINSATZHUNDERTSCHAFT

GdP fordert eine zweite Einsatzhundertschaft

Kiel/tg – Die mögliche Einrichtung einer zweiten Einsatzhundertschaft war Gegenstand einer Presseanfrage an den Landesvorsitzenden Torsten Jäger.

In seinem Statement erläuterte Jäger umfassend die Position der GdP. „Es gibt eine Vielzahl von Einsatzanlässen, Demonstrationsgeschehen, Fußballereinsätzen von der Regionalliga bis zur Bundesliga, Durchsuchungseinsätzen, Veranstaltungen, die einen Einsatz von sogenannten geschlossenen Einheiten der Polizei erforderlich machen“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende. Dazu habe die Landespolizei in Schleswig-Holstein die erste Einsatzhundertschaft in der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin sehr professionell organisiert. Darüber hinaus würden über die PD AFB in besonderen Ausnahmefällen die zweite und dritte Einsatzhundertschaft aufgerufen, die sich aus Lehr- und Ausbildungspersonal zusammensetze.

„Aber auch die Flächenbehörden haben zusätzlich Alarmhundertschaften zu organisieren, die sich aus den Präsenzdiensten rekrutieren, die gut qualifiziert sind und diese Qualifizierung durch Aus- und Fortbildung erhalten müssen“, so Torsten Jäger. Insbesondere die Kieler „Alarmhundertschaft“ stehe fast jedes Wochenende, zurzeit sogar fast jeden Tag, „in den Stiefeln“, so Torsten Jäger gegenüber den KN.

Diese Herausforderungen beschränkten sich nach Erkenntnissen der GdP jedoch nicht nur auf Schleswig-Holstein, sondern erweiterten sich durch vielfältige Unterstützungseinsätze der Einsatz-, aber insbesondere auch der Kieler Alarmhundertschaft auf andere Bundesländer.

Dabei würden durch die Kräfte des Einzeldienstes viele Einsätze ab Gruppenstärke abgearbeitet. „Das Zusammenführen des Personals für die Optionshundertschaften aus dem ganzen Land verlängert zudem häufig die ohnehin überlangen Arbeitszeiten. Darunter leiden Arbeitszeit- und Arbeitsschutzrechte“, gab der GdP-Landesvorsitzenden zu bedenken.

„Die GdP fordert die Wiedereinführung einer weiteren, echten zweiten Einsatzhundertschaft, um professionell auf die vielen polizeilichen Herausforderungen reagieren zu können“, setzte Jäger fort. Dadurch könnte der polizeiliche Regeldienst und der Aus- und Fortbildungsbetrieb in der PD AFB



eine höhere Planungssicherheit, erläuterte er. Geschlossene Einsätze wären folglich ganz überwiegend durch die Einsatzhundertschaften abzudecken und würden zur Entlastung der Einzel- und Ausbildungsdienststellen beitragen. Jäger verwies jedoch auf eine Grundbedingung: „Das Personal wäre zusätzlich erforderlich und darf nicht zulasten der Dienststellen lediglich verschoben werden.“

Weiterhin verwies er auf die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung der GdP anlässlich der Belastungskonferenz im Herbst 2014. Dort hätten sich

Eutin und an der F H V D Altenholz deutlich weniger geschwächt werden, aber auch Polizeiführung und Beschäftigte erhielten

mehr als 80% der Befragten über unplanbare Dienstzeiten beklagt. Hauptursache des Problems: Einzeldienstbeamtinnen und -beamte würden häufig für Sondereinsätze alarmiert. Sie fielen demzufolge für die notwendigen Präsenzdienste aus, die wiederum von oft lebensälteren Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen werden müssten.

„Das bedeutet nicht nur großen Organisationsaufwand, sondern sorgt auch immer wieder für Frust und Enttäuschung, wenn Dienstfreiplanungen platzen“, so Torsten Jäger.

Und die Beamtinnen und Beamten der bisher einzigen Einsatzhundertschaft müssten zudem häufig dann arbeiten, wenn andere frei haben, nämlich an den Wochenenden. „Das private Sozialleben gestaltet sich unter solchen Umständen schwierig“, berichtete der GdP-Landesvorsitzende unter Hinweis auf entsprechende Aussagen von Einsatzkräften.

Jäger rief in Erinnerung, dass die 500 geplanten Stellenmehrungen in der Landespolizei Schleswig-Holstein nach-

Fortsetzung auf Seite 5

SENIOREN

Frank Poster verabschiedet

GdP-Senioren aus Schleswig-Holstein beim Bundesseniorenkongress

Potsdam – Drei Tage dauerte der 8. GdP-Bundesseniorenkongress in Potsdam. Unter den Delegierten befanden sich auch sechs Seniorinnen und Senioren aus Schleswig-Holstein. Neben dem Landesseniorenvorsitzenden Hermann Reissig und dem Ehrenvorsitzenden Frank Poster waren dies Rita Brandt (RG Nord), Hans-Joachim Sommer (RG Mitte) und Reimer Kahlke (RG SE-PI). In der Verhandlungsleitung des Bundeskongresses saß Kollege Matthias Pusch (RG SE-PI) als Versammlungsleiter.

Begrüßt wurden die Delegierten vom Bundesvorsitzenden der GdP, Oliver Malchow.

Frank Poster erfuhr anlässlich des Kongress-

ses eine Würdigung seines langjährigen Engagements als Landesseniorenvorsitzender und wurde offiziell aus dem Bundesvorstand verabschiedet.

Alles weitere zur Konferenz ist im Bundesteil dieser Ausgabe nachzulesen.



Reimer Kahlke, Rita Brandt Hermann Reissig, Joachim Sommer und Frank Poster



Marco Hecht-Hinz bleibt Vorsitzender

Sandesneben/tg – Seit zwei Jahren steht Marco Hecht-Hinz als Vorsitzender an der Spitze der GdP-Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn. Und der Hauptkommissar wird es auch weiter bleiben. Bei der Jahreshauptversammlung der Regionalgruppe in Sandesneben wurde der 42-Jährige von den rund 100 stimmberechtigten Mitgliedern einmütig in seinem Amt bestätigt.

In seinem Grußwort würdigte der Leiter der Polizeidirektion Ratzeburg, Jürgen Funk, die Arbeit der GdP und seiner Regionalgruppe. Politisch sei man grundsätzlich auf dem richtigen Weg. Insbesondere liege es ihm nahe, den ab 2019 zu erwartenden Personalzuwachs auf alle Bereiche der polizeilichen Arbeit in der Polizeidirektion verteilen zu können. Der GdP Landesvorsitzender Torsten Jäger kritisierte, dass noch immer 190 Stellen (150 im Vollzug und 40 im Tarif) mit einem kw-Vermerk („künftig wegfallend“) versehen seien. In Bezug auf das Attraktivitätspapier forderte Jäger eine 38-Stunden-Woche für alle Beschäftigten und die Rückkehr zum Weihnachts-geld.

Der Regionalgruppenvorsitzende Marco Hecht-Hinz unterstrich die Bedeutung der Kernaufgabe der Regionalgruppe und seines gesamten Vorstandes, die Verwaltung und Betreuung der 450 Mitglieder. So berichtete er von dem erfolgreichen Betreuungseinsatz beim G20-Gipfel, der Planung einer Motorradtour, eines Fußballturniers, eines Grillabends sowie von der Begrüßungsveranstaltung der neuen Kolleginnen und Kollegen in der PD. Gewerkschaftlich bleibe weiter viel zu tun.

Im öffentlichen Teil der Veranstaltung nahm Innenminister Hans-Joachim Grote zur aktuellen innenpolitischen Lage Stellung und stellte sich den Veranstaltungsteilnehmern in einer Fragerunde. Erstes erklärtes Ziel des Innenministers sei die Stärkung der Polizeipräsenz vor Ort für ein besseres, subjektives Sicherheitsempfinden der Bevölkerung vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Dunkelfeldstudie. „Ich wünsche mir eine Bürgerpolizei, die auch im Straßenbild gesehen wird“, so Grote. Es sei daher die richtige Entscheidung, den Rückzug aus der Fläche zu stoppen und den Personalkörper mit 500 zusätzlichen Stellen zu stärken. Aktuell ginge es aber vor al-

lem auch darum, den Abbau von Stellen zu stoppen. Eine zweite stehende Einsatzhundertschaft sei allenfalls in einem zweiten Schritt mit weiterem zusätzlichem Personal möglich, unterstrich der Minister. Grote freute sich, dass es gelungen sei, eine Entlastung im Wechselschicht-

dienst in Bezug auf die wöchentliche Arbeitszeit für Kollegen zu erwirken, die diese Dienstform seit mehr als zehn beziehungsweise mehr als 20 Jahren versehen, beginning ab 1. 3. 2018. Für ihn sei klar, dass diese Regelung für alle Kolleginnen und Kollegen gelte, die im Jahr mehr als 440 Nachtdienststunden verrichten würden. Damit beiseitigte er Auffassungen, dass die 440-Stunden-Regelung als Dienststellendurchschnitt zu sehen wäre. Für ihn sei ganz klar, dass es um die Leistung des einzelnen Kollegen ginge.

Der Minister kündigte zudem umfangreiche Beförderungen schon in diesem Jahr an. Insbesondere ginge es da um Beförderungen nach A 11 für prüfungsfrei aufgestiegene Beamtinnen und Beamte. Es solle in diesem Jahr 900 Beförderungen mit dem Schwerpunktziel „A 9 mit Amtszulage“ geben.

Die untere und mittlere Führungsebene würde man ebenfalls stärken wollen. Zur Jahresmitte sollten daher die ersten Beförderungen zu A 13 mit Zulage erfolgen.

Hans-Joachim Grote hob auch das Thema „Mobile IT“ hervor. Er stelle sich in Sinne einer Arbeitserleichterung die Frage, ob nicht eine mobile Schnittstelle zu @rtus möglich und sinnvoll wäre. Es seien bereits eine Million Euro für mobile Endgeräte bereitgestellt worden. Einige Methoden der Datenerfassung bzw. -verarbeitung der Polizei wären seines Erachtens nicht mehr zeitgemäß.

Nach dem halbstündigen Statement des Innenministers startete die Frage-

runde. Angesprochen wurden die diversen auffälligen beziehungsweise zu kleinen Dienststellen in der PD Ratzeburg wie Trittau, Bargtheide und Ahrens-



Jürgen Funk, Marco Hecht-Hinz, Torsten Jäger und Innenminister Hans-Joachim Grote.

Foto: Jens Burmester (LN)

burg, aber auch am Beispiel Lauenburg die ewig lange dauernde Umsetzung von bereits beschlossenen Baumaßnahmen. Das Innenministerium unterstütze die Bemühungen, allerdings handele sich vorrangig um ein Thema der GMSH.

Weiter wurde nach der Zukunft der kleinen Dienststellen, die nun nicht geschlossen werden, in Bezug auf Dienstform und Stärke gefragt. Hierzu erklärte Grote, dass er darauf setze, dass es mit den 500 zusätzlichen Mitarbeitern gelingen wird, einen geordneten Dienst mit einer adäquaten Präsenz auf den Dienststellen zu gewährleisten.

Der Innenminister erläuterte, dass er sich mit der mobilen IT eine Art fragmentarische Eingabe vorstelle, die einen Großteil notwendiger Informationen abdecke und die Eingabe von Sachverhalten in nur wenigen Minuten ermögliche. Die tiefergehenden Informationen sollten dann zu einem späteren Zeitpunkt auf der Dienststelle eingegeben werden. Das sei ein Prozess, an dem man jetzt arbeiten werde. Der Innenminister berichtete zudem von Verhandlungen mit der Finanzministerin, die 190 kw-Stellen nicht zu streichen.

Durch den Regionalgruppenvorsitzenden Hecht-Hinz wurde angemahnt, dass weiterhin Internet-PC auf den Dienststellen und auch Laptops fehlen würden. Grote ergänzte von sich aus die überfällige Anschaffung von Onlinekartenmaterial für die Streifenwagen, wofür es nur der Anschaffung einer entsprechenden SIM-Karte bedürfe und schnitt auch die Verwendung von Smartphones an.

Innenminister Grote zeigte sich der Versammlung sehr offen und mit vielen eigenen guten Gedanken und Vorschlägen und Ansichten.



AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Kriminaldauerdienst als Forderung

Regionalgruppe Segeberg-Pinneberg beklagt unfassbare Zustände in den Dienstgebäuden Norderstedt und Pinneberg.

Quickborn – Im Rahmen der Mitgliederversammlung beschäftigte sich die GdP-RG Segeberg-Pinneberg mit dem Zustand der Dienstgebäude in der Polizeidirektion Bad Segeberg. Dabei kam zutage, dass dort teilweise unzumutbare Zustände herrschen. Überlaufende Toiletten, Stolperfallen auf dem Weg zum Zellentrakt, Regenwasser in der Tiefgarage, Platzmangel an allen Ecken und Enden! In einem erschreckenden Beitrag berichtete Marleen Rohdewohld-Wieben vom PR Norderstedt über die Zustände in dem DG in Norderstedt an der Europaallee. Außerdem, so Rohdewohld-Wieben, bekäme jeder Besucher des Polizeireviers mit, wenn im Zellentrakt ein Proband randaliert. Es käme deswegen regelmäßig zu kuriosen Szenen beim Publikum. Außerdem sei durch die engen Gänge zum Zellentrakt die Verletzungsgefahr für Kolleginnen und Kollegen und den Probanden hoch, so die 24-Jährige. Und das ist längst noch nicht alles. Der Stellvertretende Behördenleiter Jan Lewering berichtete in aller Ausführlichkeit über Platzmangel in allen großen Dienstgebäuden der Polizeidirektion. Am schlimmsten sei dieser in Norderstedt, wo 598 Quadratmeter Bürofläche fehlten. Dieses Gebäude sei so marode und verbaut, dass aus Sicht der Polizeidirektion nur ein Neubau infrage käme. Geplante und bewilligte Umbauten seien gestoppt worden, weil deren Sinn zweifelhaft und unwirtschaftlich wären.

Als nächstes käme das Dienstgebäude in Pinneberg. Dort herrsche eine enorme Enge, weil in dem Gebäude neben den Ausbildungskommissariaten auch die SOKO Wohnung arbeite. Dadurch ist die Zahl der dort beschäftigten auf annähernd 200 Personen angestiegen, dafür sei das Gebäude nie gedacht gewesen. Auch im Dienstgebäude Pinneberg gebe es Schwierigkeiten mit den Entsorgungsleitungen, die nur noch komplett getauscht werden könnten. Regelmäßig seien dort die Toiletten verstopft. Ein unhaltbarer Zustand, wie der Stellvertretende Vorsitzende Reimer Kahlke als Versammlungsleiter resümierte.

Der Vorsitzende Sebastian Kratzert hatte in seinem Eingangsstatement gefordert, dass Dienstgebäude als Anlauf-



Marleen Rohdewohld-Wieben

stelle für die Bevölkerung funktional gestaltet sein müssten, einen Hygienefaktor für den Aufenthalt darin darstellen und zumindest ein Stück weit einen Wohlfühlfaktor haben sollten. Die Dienstgebäude in Norderstedt und Pinneberg seien ein Langzeitthema der Regionalgruppe. Dabei erkenne die GdP-RG Segeberg-Pinneberg an, dass die Behördenleitung der PD Bad Segeberg ihr Möglichstes unternommen habe. Jedoch sei der Bürokratieaufwand für derartige Neubauten enorm und immer ein Zeitfaktor von Jahren.

Und es zeige sich, dass der allgemeine Personalmangel nicht nur bei der Polizei nun seine hässliche Seite zeigt. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde von der Versammlung ein Antrag zur Einrichtung eines Kriminaldauerdienstes ange-

regt beraten und angenommen. Unter dem Motto „KDD-Polizeidirektion Bad Segeberg jetzt!“ fordert der RG Segeberg-Pinneberg die schnellstmögliche Einrichtung eines Kriminaldauerdienstes im Hamburger Rand. Dies sei erforderlich, um die über 1300 Anforderungen von Kriminalpolizei zu Sofortlagen im Jahr 2017 professionell abzuarbeiten.

Der Landesvorsitzende Torsten Jäger nahm zu aktuelle Themen in der Polizei Stellung. Unter anderem forderte er, dass die Polizei in die Fläche zurückkehren müsse und dass die Landesverwaltung wieder zur 38-Stunden-Woche zurückkehren müsse. Schleswig-Holstein habe im Vergleich mit anderen Landesverwaltungen bundesweit mit die höchste Arbeitszeit.

Neben Kassen- und Tätigkeitsbericht wurden folgende zur Versammlung erschienene Mitglieder für langjährige Mitgliedschaft geehrt: Für 50 Jahre Kollege Heiner Paulsen. Für 40 Jahre die Kollegen Uwe Rechter, Artur Sielas und Thomas Brucker. Rund 500 Mitglieder zählt die Regionalgruppe aktuell.



Sebastian Kratzert (l.) mit den geehrten Kollegen Thomas Brucker, Heiner Paulsen, Artur Sielas und Uwe Rechter (von links).

Fortsetzung von Seite 3

vollziehbar zunächst bei den Präsenz- und Ermittlungsdienststellen in der Fläche ankommen würden. „Daher scheint eine schnelle Realisierung der zweiten Einsatzhundertschaft jedoch fraglich“, gab Jäger zu bedenken.

Die Große Koalition der Bundesregierung sei in ihrem Koalitionsvertrag aber auch auf Personalverstärkungen der Länderpolizeien eingegangen.

7500 Polizeistellen mehr für die Länder bedeuteten, orientiert am „Königsteiner Schlüssel“, allein für Schleswig-Holstein etwas 260 Stellen zusätzlich. Nach dieser „großkoalitionären Vollmundigkeit“ müsse der Bund nur liefern beziehungsweise finanzieren. „Dann könnte Schleswig-Holstein problemlos eine professionelle zweite Einsatzhundertschaft realisieren“, stellte Torsten Jäger abschließend fest.



Dank für Auslandseinsatz

Innenminister Grote bei Treffen der Auslandsverwender – GdP-Landesvorsitzender Torsten Jäger zollt Respekt

Kiel – Innenminister Hans-Joachim Grote hat sich bei den Polizistinnen und Polizisten aus Schleswig-Holstein für ihren Einsatz in vielen Krisenregionen der Welt bedankt. Grote äußerte sich persönlich bei den Teilnehmern an Auslandseinsätzen im Rahmen eines Seminars im Landeshaus.

Seit 1994 haben knapp 70 Beamte aus Schleswig-Holstein unter anderem in Afghanistan, in Palästina, im Kosovo, in Liberia, Mali und Haiti Polizeikräfte vor Ort ausgebildet und unterstützt.

In seiner Rede würdigte der Innenminister die Leistungen der „Auslandsverwender“: „Ihr Einsatz, Ihre tägliche Arbeit helfen anderen dabei, wieder in Frieden leben zu können. Sie sorgen dafür, dass Menschenrechte gewährt und demokratische politische Verhältnisse hergestellt werden können“, so Grote. Aktuell sind fünf Einsatzkräfte aus Schleswig-Holstein unter anderem in Afghanistan und im Sudan stationiert. Freiwillig würden Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner dort wichtige Aufbauarbeit leisten, wo die Gefahrenlage praktisch jeden Tag unübersichtlich sei, erklärte der Innenminister.

Hans-Joachim Grote räumte ein: „Die Vorstellung, Beamtinnen und Beamte unserer Landespolizei solchen Gefahren auszusetzen, ist für mich als Dienstherrn nicht einfach. Erst recht rückt das ins Bewusstsein, wenn mor-

gens in den Nachrichten wieder einmal ein Anschlag in Kabul gemeldet wird und ich weiß, dass ein Kollege der Polizei aus Eutin vor Ort ist.“ Es sei außergewöhnlich, verantwortungsvoll und immens wichtig, sich als Helfer bei Einsätzen im Rahmen internationaler Friedensmissionen zur Verfügung zu stellen, betonte Grote. Eine stabile Polizei sei auch ein Zeichen des Friedens: Die erfolgreiche Arbeit deutscher Polizistinnen und Polizisten im Rahmen der Friedensmissionen genieße international ein hohes Ansehen. Sie liege ausdrücklich auch im nationalen Interesse, so der Innenminister, der den Auslandsverwendern auch die persönlichen Grüße von Ministerpräsident Daniel Günther überbrachte. „Wir sind stolz auf Ihre Leistung, wir sind stolz auf Sie“, sagte Hans-Joachim Grote.

GdP: Kolleginnen und Kollegen gebührt Dank

Beeindruckt zeigt sich auch der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger: „Der Einsatz deutscher Polizei im Ausland ist ein unverzichtbarer Bestandteil deutscher Außen- und Friedenspolitik geworden. Auch unsere Kolleginnen und



Innenminister Hans-Joachim Grote dankte den anwesenden Auslandsverwendern.

Kollegen erfüllen diese Aufgaben mit großem Verantwortungsbewusstsein, Einsatz und hoher Professionalität. Sie tragen damit zum internationalen Sicherheitsengagement und der hervorragenden Reputation der schleswig-holsteinischen Polizei bei. Ihnen gebührt großer Dank!“ Der GdP-Landesvorsitzende unterstrich, dass die im Ausland eingesetzten Kolleginnen und Kollegen die Bundesrepublik Deutschland repräsentierten. Folglich sollten die Kosten dieser Auslandseinsätze deshalb durch die Bundesregierung getragen werden. Es böte sich an, im Bundeshaushalt demgemäß ausreichende finanzielle Mittel einzustellen, um das Engagement der Länder dadurch zu bezahlen. „Damit könnten die Länder dann ihren Verpflichtungen entsprechend mehr Personal einstellen“, so Torsten Jäger.

Text/Fotos: TG

Verabschiedung

Kiel – Seinen persönlichen Dank sprach Innenminister Hans-Joachim Grote Andreas Ladwig aus. Der 57-Jährige schied auf eigenem Wunsch aus dem Kreis der Auslandsverwender aus. „Ich habe schöne Zeiten im Ausland erlebt und kann nur ermutigen, sich für diesen Pool zu bewerben“, appellierte Ladwig. Auf vier Auslandsmissionen mit einer Dauer von jeweils einem Jahr blickte der Neumünsteraner zurück. So war Andreas Ladwig unter UN-Mandat im Kosovo (3/2003–3/2004), in Afghanistan (3/2007–3/2008 sowie 3/2010–2/2011) und zuletzt nochmals in Kabul (10/2012–10/2013). Je nach Mandat war der Oberkommissar in diesen Jahren als Mentor, Trainer, Lehrer oder Projektmanager tätig. „Mit den manchmal vorhandenen Risiken konnte ich umgehen, auch weil ich mich durch entsprechende Vorbereitungsseminare gut eingestellt fühlte“, berichtet Ladwig. Er habe aber auch mehrere Anschläge miterlebt, diese aber für sich gut verarbeitet.

Seinen Entschluss, künftig nicht mehr ins Ausland zu gehen, habe er seiner Frau zuliebe getroffen. „Trotzdem ist mir das nicht leichtgefallen“, räumt Andreas Ladwig ein.



Andreas Ladwig (l.) wurde von Innenminister Hans-Joachim Grote aus dem Kreise der Auslandsverwender verabschiedet. **Fotos (3): TG**



**18 Tage Kreuzfahrt
vom 21. September
bis 8. Oktober 2019**



Kiel - New York

**erstmals ...
lassen Sie sich das
nicht entgehen!!**



Preis inkl.:

- Kreuzfahrt
- Vollpension
- Tischgetränke inklusive
- Swimmingpool, Panorama-Fitnesscenter und Open-Air-Sportanlagen
- Theatershows auf höchstem Niveau
- Umfangreiches Freizeitprogramm
- Abendlicher Turndown-Service
- Bis zu 3 Ausflüge inklusive
- 30 % auf den Wäscheservice
- Rückflug: Angebote ab 450 €
- PSW-Reisebegleitung u.a.

**ab
1.199,-
p.P.**



Von Kiel über den Atlantik

- Kopenhagen
- Southampton
- Belfast
- Reykjavik
- St. John/New Brunswick
- Halifax
- New York



Information und Buchung:

PSW-Reisen Lübeck Hans-Böckler-Str. 2 23560 Lübeck Fon 0451 - 502 17 36 Fax 0451 - 502 17 58 E-Mail: psw-reisen.luebeck@t-online.de	PSW-Reisen Kiel Max-Giese-Str. 22 24116 Kiel Fon 0431 - 17093 Fax 0431 - 17092
--	--

Mindestteilnehmerzahl 16 Personen.
Vorbehaltlich Verfügbarkeit, begrenztes Kontingent.



Weitere Informationen
und Angebote im Internet
unter www.psw-tours.de

Veranstalter: MSC Cruises S.A., Avenue Eugène-Pillard 40, 1206 Genf (Schweiz)



Und was sonst noch so war ...

2. März

Gespräch beim Generalstaatsanwalt Wolfgang Zepter und seinem Vertreter Ralph Döpfer in Schleswig. Die guten regelmäßigen Austausche sollen fortgesetzt werden. Zu Einzelheiten siehe den Bericht von Thomas Gründemann in dieser Ausgabe.

5. März

Der Fachausschuss WSP tritt auf der Geschäftsstelle zusammen und plant die Veranstaltung für alle GdP-Wasserschützer am 25. April 2018 in Westerrönfeld. Es wird beschlossen, eine Umfrage zur aktuellen Stimmungslage unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchzuführen.

7. März

Unsere ersten beiden Postkarten über unsere neuesten Erfolge trudeln ein. Die Karten können auf der Geschäftsstelle bei Nicole Jelinsky abgerufen werden. Ab jetzt wird es immer mal wieder solche Postkarten geben. Für Ideen und Anregungen über Inhalte sind wir dankbar.



12. März

Jahreshauptversammlung der RG Steinburg-Dithmarschen in Heiligenstedten. Neuwahl des Regionalgruppenvorsitzenden Peter Berndt mit einem Wahlergebnis von beachtlichen 100%. Herzlichen Glückwunsch dazu. Der Landtagsabgeordnete Hans-Jörn Arp verspricht, sich persönlich gegen einen weiteren Stellenabbau in der Region einzusetzen.

15./16. März

Tagung zum Thema Datenschutz, organisiert von der Bundesgeschäftsstelle, in Berlin.

Ab dem 25. Mai 2018 wird die Datenschutz-Grundverordnung als einheitliches Datenschutzrecht in der EU gelten. Sie bringt eine ganze Reihe neuer Anforderungen mit sich. Vor allem vor dem Hintergrund, dass Datenschutzaufsichtsbehörden durch die Verordnung ermächtigt werden, bei Verstößen gegen den Datenschutz Geldbußen in einer Höhe von bis zu 20 Millionen Euro festzusetzen, lohnt auch eine Überprüfung der GdP-Standards in unserem Landesbezirk.

19. März

Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstands und ein weitreichender Beschluss: Wir werden unser Gründungsjubiläum feiern! Im Dezember 2018 wird der GdP-Landes-

25. März

Ich erfahre, dass GdP-Mitglieder im Outlet-Center in Neumünster unter Vorlage ihres Mitgliedsausweises satte Prozente im Adidas-Shop erhalten können. Zwischen 20 und 30 Prozent Rabatt sind drin. Also, GdP-Mitgliedsausweis immer dabei haben, es lohnt sich!

26. März

Mit dem Webmaster Sven Rosenberg plane ich einen verbesserten und übersichtlicheren Internetauftritt. Uns ist aufgefallen, dass einige unserer tollen Leistungen gar nicht so leicht aufzufinden sind. Das werden wir gemeinsam nach und nach ein- und aufarbeiten. Anregungen von unseren Mitgliedern sind wie immer herzlich willkommen.



bezirk 70 Jahre alt. Bei einem Festakt in der Sparkassenarena in Kiel soll dieser Geburtstag mit vielen Gästen begangen werden. Also Termin bitte schon mal vormerken. Einzelheiten, u. a. zu besonderen Jubiläumsaktionen, folgen in den kommenden Monaten.

